

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 17

Artikel: Erbe als Auftrag : ein Plädoyer für unsere Institutionen
Autor: Heller, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093330>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grossrat Dr. Daniel Heller, Erlinsbach

Erbe als Auftrag: Ein Plädoyer für unsere Institutionen

Die Eidgenossenschaft feiert dieses Jahr den 700. Jahrestag ihrer Anfänge durch das Bündnis der drei Urkantone. Ein Ereignis, das zu Betrachtungen Anlass gibt: über die Schweiz, ihr Werden, ihren Zustand und ihre künftige Entwicklung.

Eine innere Verunsicherung und Orientierungslosigkeit steht 1991 grossen Herausforderungen der Zukunft gegenüber. Unübersichtbar heute die *Infragestellung* und die Kritik an unseren typisch schweizerischen Werten, Einrichtungen und Errungenschaften: über die Abschaffung des Milizsystems in Militär und Politik wird diskutiert. Eine Berufarmee komme billiger, und ein Berufsparlament sei seiner Aufgabe besser gewachsen. Das Prinzip der Konkordanzpolitik in Bund und Kanton wird als Kompromisswirtschaft abqualifiziert. Die Verhandlungsdemokratie erlaube keine Politik der Visionen und verunmögliche grosse Würfe. Die direkte Demokratie stellen heute sogar Bundesräte in Frage. Das Volk sei überfordert, um in gewissen Fragen mitzubestimmen. Die Staatsordnung des Föderalismus wird als kleinkariert und unfähig zu raumgreifenden Lösungen verurteilt. Es werden ihr zentralistische Ideen gegenübergestellt. Sogar die Weiterexistenz des Staates Schweiz wird in Zweifel gezogen. Ein unlängst verstorbener Schweizer Dichter hat die Vision von einer Schweiz entwickelt, einer Schweiz, die sich wie ein Würfelzucker im Wasserglas in einem neuen Europa auflöse.

Die Geschichte kennt viele Beispiele des Aufstiegs und des Niedergangs von Völkern und Staaten. Der Historiker weiss, dass ein Staat oder eine Gemeinschaft, die unfähig

Die Schweiz ein Würfelzucker im Wasserglas Europa?

ist, sich auf aktuelle Gegebenheiten einzurichten, schliesslich untergeht. Er weiss aber auch, dass Mangel an Selbstvertrauen und Selbstzweifel mindestens ebenso geeignet sind, eine Zivilisation zu zerstören. Und die Frage stellt sich deshalb heute, 700 Jahre nach den Anfängen der Schweiz und angesichts der Zukunft: Sind unsere geschichtlich gewachsenen Eigenheiten und Modelle des staatlichen Zusammenlebens überholt? Können wir mit ihnen die Zukunft nicht mehr oder schlechter meistern als andere Völker? Müssen wir unsere traditionellen Einrichtungen und Gewohnheiten reformieren oder aufgeben? Oder haben einige von uns das Selbstvertrauen, das Vertrauen in unsere Schweiz und ihre demokratischen Einrichtungen zu unrecht verloren?

Krise der eigenen Identität

«Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen.» Dieses Dichterwort dürfte in der Analyse für die Gründe der helvetischen Unzufriedenheit mit sich selber den Nagel so ziemlich auf den Kopf treffen. Im Ausland beurteilt man das schweizerische Modell jedenfalls nicht so negativ wie bei uns. In einer Umfrage haben 40 % der befragten Deutschen die Schweiz an erster Stelle als nachahmenswertes Land genannt. Wir rangieren damit weit vor Schweden, das mit 29 % Nennungen auf dem zweiten Platz folgt. Die Schweiz entspreche in hohem Masse dem Zukunftsideal der Deutschen, ergab die gleiche Befragung: Geborgenheit, Unparteilichkeit und Bescheidenheit seien die erstrebenswerten Merkmale der Schweiz. Ein Mailänder Politologieprofessor hat kürzlich festgehalten: «Italien, in voller Staatskrise, geschüttelt von starken Loslösungstendenzen, stellt heute die Frage nach seiner nationalen Identität. Man spricht hier mehr und mehr vom helvetischen Modell als eine der möglichen Lösungen.»

In der Schweiz hingegen halten viele offensichtlich nicht mehr viel vom eigenen Modell. Die einen können mit der Schweiz gar nichts mehr anfangen. So verlautet aus Kreisen der «700-Jahre-sind-genug»-Bewegung, die Schweiz sei ein «totalitärer Überwachungsstaat, isoliert und abgesondert, mit Angst vor allem, was von aussen kommt, in dem man nicht anders sein darf, sich nicht anders bewegen, nicht anders denken, nicht laut sprechen darf». Derartige polemische Antipathiekundgebungen sind ungefährlich; sie treffen ins Leere.

Andere glauben, die Schweizer, mit ihrem Kleinstaat, seien heute an einer Wende angelangt. Alles Althergebrachte müsse so schnell wie möglich über Bord geworfen werden. Nur so könnten wir in Zukunft das Schiff sicher durch die Klippen steuern. Mit den Argumenten *dieser* Leute müssen wir uns auseinandersetzen. Am gefährlichsten ist allerdings die *schleichende* Erosion von dem, was unseren Staat und unsere Identität bisher wesentlich ausgemacht haben. Schuld daran sind die Bequemen, alle diejenigen, die sich nicht darum scheren, was in unserem Lande passiert. So nimmt der Stellenwert des politischen Engagements in unserem Lande laufend ab. Die Stimmbeteiligung zeigt es am deutlichsten. Das alles prägende Milizsystem, das heisst, der Gedanke des ehren- und nebenamtlichen Engagements des einzelnen für die Gemeinschaft, ist überall auf dem Rückzug. Gewinnsucht, Überbetonung des einzelnen, fehlende Bereitschaft, Entscheide von Mehrheiten zu akzeptieren und das Sankt-Florians-Prinzip überwuchern die Tugenden, die unsere staatliche Gemeinschaft einst ausgezeichnet haben.

Mit den seriösen Kritikern der Schweiz und den Gleichgültigen müssen wir uns befassen. Ich möchte hier drei Schweizer Eigenheiten – *Föderalismus, direkte Demokratie und*

Milizsystem – aufgreifen, und an ihnen aufzeigen, wieso ich überzeugt bin, dass wir nach wie vor ein bürgerfreundliches, ein fortschrittliches und damit ein aktuelles Staatsmodell besitzen.

Föderalismus

Von Napoleon stammt das Wort: «Die Natur hat Ihr Land föderalistisch geschaffen.» Er sprach es 1803 aus, als er den eidgenössischen Abgesandten die föderalistische Mediationsverfassung übergab und damit die Konsequenz aus der gescheiterten zentralistischen Helvetik zog.

Der Föderalismus ist seither und vor allem seit der Bundesverfassung von 1848 ein zentrales Merkmal unserer Staatsordnung. Sie steht damit in schroffem Gegensatz zu anderen, zentralistischen Staatsorganisationen, wie sie zum Beispiel Frankreich seit Jahrhunderten kennt und vorlebt.

Was heisst Föderalismus? Föderalismus heisst, dass das, was die Gemeinde besorgen kann, auch die Gemeinde besorgt; dass das, was der Kanton am besten lösen kann, der Kanton regelt, und dass nur das, was die kleineren Einheiten selber nicht bewältigen können (oder sinnvollerweise nicht bewältigen sollen) dem Bund übertragen wird. Logischerweise bekommt jede der drei Stufen Gemeinde, Kanton und Bund diejenigen Kompetenzen, welche sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht. Alles, was nicht

Der föderalistische Staat ist diktaturwidrig par excellence.

ausdrücklich dem Bund zugeordnet wird, verbleibt automatisch beim Kanton oder bei der Gemeinde.

Was stehen für Überlegungen hinter diesem Föderalismus? Der Föderalismus als Ordnungsprinzip ist ein Garant gegen Übergriffe der Staatsmacht. Föderalismus und Diktatur schliessen sich zum Beispiel gegenseitig aus. Es hat noch nie eine Diktatur gegeben, die einen föderalistischen Staat regiert hat.

Der Föderalismus gewährleistet auch, dass es den einzelnen Regionen im Staat wohl ist. Unser Schweizer Föderalismus lebt ausserdem dem Grundsatz nach, dass die kleineren Kantone mehr Rechte erhielten, als sie nach ihrer zahlenmässigen Bevölkerungsstärke tatsächlich beanspruchen könnten. Neben der proportionalen Vertretung im Nationalrat haben sie deshalb auch eine Vertretung im Ständerat. Wie wichtig eine solche Gewährung von Selbständigkeit, Mitsprache und eigenen Kompetenzen gerade in Vielvölkerstaaten ist, zeigen uns andere Vielvöl-



Eine Urzelle der direkten Demokratie und ein Wahrzeichen kantonaler Souveränität: die Landsgemeinde (hier in Glarus).

kerstaaten wie die Sowjetunion und Jugoslawien. Weil jene Staaten zentralistisch sind, sind sie heute am Auseinanderbrechen. Die einzelnen Teilstaaten und Minderheiten haben kein oder zu wenig Mitspracherecht. Es ist ihnen nicht möglich, ein Eigenleben zu haben. Das hat Napoleon erkannt, und das erkannten diejenigen unserer Vorfahren, welche die Bundesverfassung von 1848 erschaffen haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass das föderalistische Prinzip unserer staatlichen Ordnung auch heute noch eine Frage von Sein oder Nichtsein der Schweiz ist.

Direkte Demokratie

Der gleiche Föderalismus ist auch die Grundlage für unsere weitgehenden demokratischen Rechte als Bürgerinnen und Bürger. Unsere Mitbestimmung beschränkt sich nicht wie in anderen Demokratien auf die periodische Wahl von einigen Volksvertretern. In Gemeinde, Kanton und Bund können wir regelmässig zu Sachfragen Stellung nehmen. Über die Initiative oder das Referendum kommt diese Mitbestimmung zum tragen. Heute weiss scheinbar nur noch eine Minderheit zu schätzen, dass wir als einziges Volk beispielsweise sogar über unsere Steuern mitbestimmen können. Das heisst aber noch lange nicht, dass den Schweizerinnen und Schweizern die Möglichkeit zur Mitbe-

stimmung nichts wert ist. Mir ist eine Finanzordnung lieber, die von 32 % der Bürger verworfen wird, als eine, die von 246 Parlamentariern über unsere Köpfe eingeführt wird. Und eine verlorene Abstimmung ist noch lange kein Grund, den Bürgern die Mündigkeit abzuspochen. Im Gegenteil: die Entscheide des Volkes sind in aller Regel weise – ob dies alle Entscheide der Regierung und Parlamente sind, wage ich zu bezweifeln.

Die direkte Demokratie ist ab und zu langsam und vielleicht auch mühsam. Das, was herauskommt, hat aber immer Hände und Füsse. Regierung und Parlament wissen, was die Mehrheit des Volkes will. Und wenn Minderheiten heute diese Mehrheitsentscheide nicht mehr hinnehmen wollen, so ist das kein Problem der direkten Demokratie. Diese Mentalität wurde bei uns importiert, und zwar gerade aus Ländern, in denen eben keine derart weitgehende Mitbestimmung herrscht wie bei uns.

Dass die Sonne nicht mehr scheint, merken viele erst, wenn sie tatsächlich nicht mehr scheint und es kalt wird. Dann ist es zu spät. Wenn diejenigen, die sich heute nicht darum scheren, was in Bund, Gemeinden und Kantonen zum Entscheid ansteht, einmal merken, dass sie nichts mehr mitzureden haben, so wird es ebenfalls zu spät sein.

Unser Milizsystem

«Wer nur um Gewinn kämpft, erntet nichts, was der Mühe wert ist.» Das hat schon Antoine de Saint-Exupéry festgestellt. Das Milizsystem ist dem Motto «Dienen statt verdienen» verpflichtet. Es geht vom Prinzip aus, dass jeder die Pflicht hat, mehr oder weniger ehrenamtlich zugunsten der Gemeinschaft seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Direkte Demokratie und Milizarmee haben einen unmittelbaren Zusammenhang. Sie leiten sich beide aus dem altgermanischen Prinzip «Wer ehrbar ist, ist wehrbar» ab. Nur derjenige, der bereit und fähig war, sich zu wehren, hatte ursprünglich Anspruch auf politisches Stimmrecht. Der Philosoph Jean-Jacques Rousseau strich klar den Zusammenhang zwischen Milizarmee und freiheitlicher Staatsordnung heraus. Er sagte sinngemäss: «Jeder Bürger muss Soldat sein aus Pflicht, keiner soll es infolge Beruf sein. Derart war das militärische System der Römer, derart ist das heutige System der Schweiz, und so muss das System jedes freiheitlichen Staates sein.» Das haben sich die jungen Demokratien Osteuropas gemerkt: Ungarn, Tschechen und Polen

Unser Milizsystem hat Zukunftsanspruch. Die Osteuropäer erkundigen sich heute in Bern, wie es funktioniert.

erkundigen sich heute in Bern, wie unsere Milizarmee funktioniert.

Im alten Rom folgten der Abschaffung der Milizarmee bezahlte Berufsmilitären. Das Militär verkam zum Instrument der Politik. Ein wesentlicher Teil der aktiven Bindung und Mitverantwortung des Bürgers am Staat war zerstört. Aus der Republik wurde eine Diktatur und schliesslich ein Kaiserstaat. Damit war das Staatswesen von der *Angelegenheit aller Bürger* – eben der *res publica* – zum Staat der Macht- und Gewinnmaximierung *einiger weniger* abgesunken.

In der Politik sorgt das Milizsystem dafür, dass jeder Politiker in einem beruflichen Umfeld verwurzelt bleibt. Die Schweizer Politiker – etwa unsere Bundesparlamentarier – leben in der Mehrzahl weder ausschliesslich *von der Politik* noch ausschliesslich *für die Politik*. Das ist gut so. Die gegenwärtige Parlamentsreform, mit den hohen Parlamentarierentschädigungen, durchbricht dieses Prinzip allerdings auf gefährliche Art und Weise.

Auch das Milizsystem ist ein wesentliches Merkmal unseres Staates. Es wurde nicht ohne Grund und ohne sinnvolle Überlegung von unseren Vorfahren so und nicht anders eingerichtet. Tragen wir Sorge dazu.

Erbe als Auftrag

Ich komme zu meiner Ausgangsfrage zurück? Ist das, was unsere Vorfahren uns als Erbe hinterlassen haben, wirklich obsolet? Ich denke nicht. Wenn wir die drei herausgegriffenen Bereiche – Föderalismus, direkte Demokratie und Milizsystem – betrachten und uns vor allem fragen, welche Überlegungen dahinter stecken, dann merken wir plötzlich, wie aktuell sie sind. Aktuell, weil sie *bürgernah* sind, aktuell, weil sie nach wie vor *zu guten und ausgewogenen* Resultaten führen, aktuell, weil sie *macht-hemmend* sind, aktuell, weil sie den *Gemeinschaftssinn* fördern, aktuell, weil sie *weitestgehende Mitbestimmung* erlauben, und aktuell, weil sie an zahlreichen Orten auf der Erde, wo Föderalismus, direkte Demokratie und Milizsystem fehlen, auf *grosses Interesse* stossen. Nur kann man sie nicht einfach aus dem Boden stampfen: sie müssen wachsen und sich entwickeln. Und deshalb darf man sie auch nicht leichtfertig zur Abschaffung empfehlen. Denn einmal verloren, sind sie schwer zurückzuerlangen.

Tragen wir also Sorge zu unserem Erbe und besinnen wir uns beizeiten auf die Alternativen: dann werden wir erkennen, dass der eingeschlagene Weg auch heute der richtige ist. Wir müssen aber zu unseren Einrichtungen stehen und mitmachen, sonst werden sie über kurz oder lang untergehen. Und wer weiss, damit vielleicht auch die Schweiz, wie wir sie heute kennen und gerne haben. ■

CH und EG

Ist die Schweiz fähig, sich in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren?

Die Debatten über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zur EG nehmen seit längerem Platz in politischen Diskussionen ein. Ich möchte nur einen Aspekt aufgreifen, den der Integration. Der Duden übersetzt «Integration» mit «Vervollständigung, Zusammenschluss, Vereinigung, Summierung». Man läuft nach dieser Definition Gefahr, unter Integration ein eindimensionales Geschehen zu verstehen.

Der Integrationsprozess wird in drei Dimensionen unterteilt, anhand deren der Grad der Integration gemessen werden kann:

1. Integration als gesellschaftliche Verflechtung;
2. Integration als gemeinsames Bewusstsein;
3. Integration als gemeinsame politische Willensbildung.

Die gesellschaftliche Verflechtung – Wirtschaftsbeziehungen, grenzüberschreitende Personenbewegungen – lässt sich anhand vorhandener Daten z. B. im Briefpostverkehr oder im Import- und Exportgeschäft, messen.

Die Schweiz wäre aufgrund ihres Exporthandels mit EG-Ländern (66 %) mehr in die Gemeinschaft «integriert» als das Vereinigte Königreich (40,9 %). Hinsichtlich dieser Dimension würde es der Schweiz nicht schwerfallen, sich in die EG zu integrieren.

Anders empfinde ich bei der Frage eines gemeinsamen Bewusstseins. Eine politische Gruppe lebt in dem Masse, als sich ihre Mitglieder als gemeinsames «Wir» wahrnehmen; die Integration muss also in den Köpfen der Bürger stattfinden, sie müssen sich gegenseitig akzeptieren können.

In der Schweiz ist dieser Prozess noch im Anfangsstadium, wobei im übrigen Europa ähnliche Verhaltensmuster auftreten. Ich denke da nicht nur an den aufblühenden Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR, sondern auch an die zunehmende Tendenz junger Leute, sich Skinheadgruppen anzuschliessen. Trotzdem stelle ich auf der Ebene des gemeinsamen Bewusstseins ein zweifels- ohne auch historisch bedingtes Hinterherhinken der Schweiz fest. Sie gibt sich konservativ, was sicher nicht zwingend als Nachteil gedeutet werden muss.

Den Grad der Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung lässt sich nur schwer messen, zumal die Schweiz nicht Mitglied der EG ist und so keinen Platz in deren Gremien findet.

Dennoch bin ich der Meinung, dass für die Schweiz keine nennenswerten Probleme erwachsen würden, sich an die Spielregeln der EG zu halten. Dem zugute halte ich die Kompromissfähigkeit der Schweiz und das hierzulande herrschende System.

Anhand der drei obgenannten Dimensionen ist die Schweiz fähig, sich in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren. Mir ist klar, dass ich von diesem komplexen Thema nur einen Grundlagenaspekt angeschnitten habe (was besonders wichtig ist; Red.).

Urs Kaufmann, Uster, Historiker und Staatsrechtler im Studium

Erstickt die Schweiz im Wohlstand?

Früher hiess es in der ganzen Welt: Die Schweiz – ein Hort des Friedens und der Gerechtigkeit, das sauberste Land der Welt, die Schweizer Uhr – Symbol der Tüchtigkeit, der Gewissenhaftigkeit, Basis der wirtschaftlichen Blüte. Und heute? Swiss Banking, d. h. Geldwäscherei und Nummernkonti, Trittbrettfahrer – d. h. Rosinen aus dem Kuchen und schliesslich wie immer: pas d'argent pas de Suisses.

Warum diese Umkehr? Es ist uns ja immer gut gegangen in diesen letzten hundertfünfzig Jahren, besser als den andern, was wollen wir denn? Bringt Bescheidenheit etwas? Sind wir nicht überheblich geworden und verbringen unsere Zeit mit Schimpfen – natürlich über andere. Und vergeuden unsere Energie mit selbstgebastelten Affären und zermürben uns, anstatt kreativ zu sein – für eine Zukunft. Warum ist bei uns alles so umständlich? Die Vereinigung der beiden Deutschland benötigte ein Jahr, für die Revision des Krankenversicherungsgesetzes brauchen wir 20. Und unsere berühmten Volksrechte? Hemmen sie nicht eine sachgemässe Gesetzgebung, und ist sie nicht eine der Ursachen unserer faulen Kompromisse? Und das Volk, der «Souverän» – stolz auf seine Rechte! Aber bei Volksabstimmungen oder Wahlen gehen höchstens 40 % zur Urne – also entscheiden manchmal 1–2 % der Wahlberechtigten (nicht der Wähler) über wichtige Dinge – ein Zufallsmehr regiert die Schweiz – das Land ohne Regierung – nur mit Verwaltung. Und was soll man besser machen: Mut zur Erneuerung. Mut zum Entschieden – auch wenn er gegebenenfalls falsch wäre, das kann man ja auch wieder ändern. Und eine neue zeitgemässe Bundesverfassung. Und mehr Solidarität und weniger selbstgenügsame Selbstgerechtigkeit.

Hermann Fredenhagen, Basel